

## PROZESSE

## KURRAS

## Moabiter Landrecht

Der West-Berliner Landgerichtsdirektor Friedrich Geus, 43, ließ es nicht nur seine Freunde wissen: Wenn der Bundesgerichtshof (BGH) nach Aufhebung des Urteils über den NS-Richter Rehse (wegen falscher Bewertung der Rolle eines richterlichen Besitzers und widersprüchlicher Tatsachenfeststellungen) auch noch der Revision gegen das ebenfalls unter seinem Vorsitz zustande gekommene, den Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras, 40, freisprechende Urteil stattgeben sollte, werde er sich aus der Strafjustiz zurückziehen.

Am Dienstag vergangener Woche gab der 5. (in Berlin residierende) Strafsenat des BGH der Laufbahn des Strafrichters Geus die Straße in Richtung Ziviljustiz frei: Er hob den Kurras-Freispruch auf und verwies die



Angeklagter Kurras  
„Besonders ungeeignet“

Sache zu erneuter Verhandlung an eine andere Strafkammer zurück. So wird noch einmal ein Berliner Gericht zu klären versuchen, unter welchen Umständen während der Anti-Schah-Demonstrationen am 2. Juni 1967 der Polizist Kurras den Studenten Benno Ohnesorg erschoss.

Im November 1967 hatte Direktor Geus den Kurras-Prozeß unter pathetischen Sicherheitsvorkehrungen eröffnet. So waren etwa die Sitze im größten Saal des Landgerichts Moabit mit fetten, weißen Zahlen von eins bis 50 nummeriert worden. Auch wurde die Ausgabe von Pressekarten so barsch gehandhabt, daß beispielsweise der Berliner Redaktionsvertreter der „Süddeutschen Zeitung“ am ersten Tag keinen Zutritt erhielt, obwohl noch Plätze zur Verfügung standen.

Der Prozeß, der unter argwöhnischer Beobachtung der Linken begonnen hatte, endete mit lärmender Zustimmung von rechts. Der Freispruch für den Todesschützen befriedigte ein

Publikum im Saal, gegen das Vorkehrungen nicht getroffen worden waren.

Nicht vorhergesehen hatte Direktor Geus auch die möglichen Folgen seines Drängens auf Tempo während der Sitzung; seines wiederholten Hinweises auf den überfüllten Terminkalender der Strafkammer, der ihn angeblich zum Abbruch des Prozesses gezwungen hätte, wenn er auf die Anträge der Nebenkläger eingegangen wäre. In der Zeitnot, die er pflegte, um die brisante Sache vom Tisch zu bekommen, unterliefen Direktor Geus peinliche Fehler bei der Aufklärung der Ereignisse während des Schah-Besuchs.

So ließ er ein bei den Akten befindliches Tonband unberücksichtigt, ebenso eine dieses Tonband ergänzende Aussage des Reporters Rainer Bosch vom Süddeutschen Rundfunk, der es während des Tumults aufgenommen hatte, in dem der Student Ohnesorg tödlich verwundet wurde.

Auf verlorenem Posten stand Kurras-Verteidiger Roos vergangene Woche in Berlin, als er den Nebenklägern anzulasten suchte, daß sie in der Hauptverhandlung nicht auf dem Abhören dieses Tonbandes bestanden hätten. In einer Absprache am Rand und außerhalb der Sitzung (Roos im Gerichtsjargon: „Nach Moabiter Landrecht“) sei man übereingekommen, auf diesen Zeugen und das Tonband zu verzichten. Bundesrichter Schmidt: „Erlauben Sie eine Frage, bloß damit ich folgen kann: War in diese Vereinbarung das Gericht eingeschlossen?“ Und auf erneute Beschwörung des „Moabiter Landrechts“: „Das macht aber schließlich den Fehler des Gerichts nicht geringer.“

Der Fehler des Gerichts hat Gewicht. Denn auf dem Tonband ist nur ein einziger Schuß zu hören, etwa nach zwei Minuten Laufzeit: ein Schuß, bei dem es sich fraglos um den tödlichen handelt. Unter Direktor Geus aber hatte die Strafkammer im vergangenen Jahr nicht entscheiden können, ob ein Schuß, oder, wie Kurras behauptet, zwei Schüsse gefallen waren.

Sollte tatsächlich ein erster Warnschuß gefallen sein, so müßte Kurras ihn nach dem Tonband fast zwei Minuten vor dem tödlichen Schuß abgegeben haben. Konsequenz: Zu Lasten von Kurras wären die Erwägungen hinfällig, die bislang zugunsten seiner psychischen Verfassung im Augenblick des tödlichen Schusses angestellt worden sind. Auch könnte ein Gericht aus dem Tonband folgern, daß Kurras überhaupt nur einen Schuß abgegeben hat; daß er also den Ablauf bewußt und widerlegbar falsch darstellt.

Der Präsident des 5. Strafsenats, Sarstedt, einen Bericht — des SPIEGEL — zitierend, nach dem Benno Ohnesorg nicht zufällig starb: „Er ist in der Tat nicht zufällig gestorben.“ Mit dem Einsatz von „Greiftrupps“ in Zivil habe man, so Sarstedt, „eine äußerst gefährliche Lage geschaffen“.

„Diese Organisation war von vornherein geeignet, Konflikte hervorzurufen“, stellte Sarstedt fest, der auch



**ROLEX**  
Konzessionäre:

Aachen, Joseph Lücker, Am Eisenbrunnen  
Ahrweiler, Ludwig Wolff, Niederhutstraße 42  
Aschaffenburg, Vogl, Herstattstraße 18  
Baden-Baden, Uhren-Thoma, Lichtenalter Straße 5  
Bad Godesberg, Julius Schrottka, Bahnhofstr. 28  
Bad Nauheim, Franz Schmid, Parkstraße 10  
Berlin W 15, Heinz Wipperfeld, Kurfürstendamm 193  
Berlin W 30, Heinz Wipperfeld, Hilton-Colonnade  
Bielefeld, Fritz Böckelmann, Alter Markt  
Bonn, Gerdum-Clüsserath, Sternstraße 38  
Braunschweig, H. W. Bungenstock, Schuhstraße 21  
Braunschweig, „Die Schmuckecke“,  
Waldemar H. Schulze, Schuhstraße vis à vis Hertie  
„Goldschmiede am Damm“, Damm 33  
Bremen, Helmut A. Haase, Hutfilterstraße 15  
Bremen, Gerh. D. Wempe, Sögestraße 47-51  
Bremerhaven, J. Wilzius, Bürger 32  
Darmstadt, Uhren-Techel, Ernst-Ludwig-Straße 16  
Dortmund, Friedr. Strunck, Westenhellweg 19  
Düsseldorf, Heinrich Blome, Königsallee 30  
Essen, Josef Deiter KG, Kettwiger Straße 22  
Eßlingen, Werner Brogle, Kronenstraße 25  
Flensburg, Peter Jürgensen, Große Straße 45-47  
Frankfurt/Main, Uhren-Christ, Roßmarkt 5, Hotel  
Intercontinental, Flughafen, Main-Taunus-Zentrum  
Frankfurt/Main, Karl Henscka, Kaiserstraße 15  
Freiburg, Adolf Kühn, Kaiserstraße 211/213  
Gießen/Lahn, Reinhold Baiser, Seltersweg 5  
Hagen/Westf., Walter Lehmkuhler, Mittelstraße 21  
Hamburg, Gerh. D. Wempe, Alsterarkaden 7,  
Großer Burstah 43, Fuhlsbütteler Straße 115,  
Neuer Wall 1-5, Osterstraße 129, Wandsbeker  
Marktstraße 57, Steinstraße 23, Reeperbahn 103  
Hamburg, Willy Filitz, Mönckebergstraße 19,  
Dammtorstraße 12  
Hamburg, W. Becker & Co., G.-Hauptmann-Platz 12  
Hannover, Fritz Scheurle, Georgstraße 36  
Hannover, Friedrich-Scheurle, Georgstraße 38  
Heinsberg, Dieter O. Mai, Hochstraße 64  
Kaiserslautern, Walter Lembach, Fackelstraße 28  
Karlsruhe, Oskar Hiller, Kaiserstraße 100  
Köln, Walter Lembach, Hohe Straße 66  
Köln, Carl Jos. Linnartz, Burgmauer 5  
Koblenz, Uhren-Müller, Löhstr. 71, Glockenspielhaus  
Koblenz, C. W. Müller, Schloßstraße 47  
Lübeck, Gerhard D. Wempe, Holstenstraße 28  
Lübeck, Th. Köhler & Sohn, Kohlmarkt 15  
Ludwigshafen, Albert Hoch, Bismarckstraße 54  
Mainz, Jean Weiland, Große Bleiche 28  
Mannheim, Wilhelm Braun, 07, 10 Planken  
Mannheim-D 1, Hubert Nitsch, Paradeplatz 2  
Marburg/Lahn, T. Küster, Wettergasse 36  
Mönchengladbach, W. Offermann, Bismarckstr. 15  
München, Uhren-Sonntag, Sendlinger Straße 18  
München, Uhren-Hauser, Marienplatz 28  
München, Dr. Engel & Co., Lenbachplatz 9  
München, Adolf Scheuring, Am Bahnhofplatz 2  
München, Andreas Huber, Residenzstraße 11,  
Weinstraße 8, Neuhauser Straße 53  
Münster i. W., Nonhoff, Rothenburg 12-13  
Neulsenburg, JuwelierRiede, Dreiherrnsteinplatz  
Nürnberg, A. Merklein, Karolinenstraße 6  
Nürnberg, J. Wallner, Karolinenstraße 45  
Osnabrück, Ludw. Carl, Große Straße 39  
Recklinghausen, A. Vortmann, Uhren-GmbH, Markt 17  
Saarbrücken 3, H. Muhike oHG, Bahnhofstraße 78  
Solingen, Zimmermann Nachf., Hauptstraße 7  
Stuttgart N, Friedr. Martin, Königstraße 70  
Trier, „Die Uhr“, W. Engel, Grabenstraße 16  
und Simeonstraße 4  
Wiesbaden, Josef Rappl, Kirchgasse 29  
Würzburg, Ernst Hüner, Domstraße 7  
W.-Elberfeld, Eichwald & Co., Döppersbg. Brücke 2  
Westerland/Sylt, Rudolf Ostermann, Friedrichstr. 12  
Worms, Ph. Becker, Kaemmererstraße 35

ROLEX UHREN GMBH, 5 Köln, Burgmauer 6  
Schreiben Sie uns! Wir senden Ihnen Prospekte.

bemerkte, daß es nicht Sache des Strafsenats sei, zu entscheiden, ob die Organisatoren des Einsatzes ein Verschulden treffe.

Damit dürfte Präsident Sarstedt, der auch darauf hinwies, daß Kurras für den ihm befohlenen Einsatz „besonders ungeeignet war“, dem Verteidiger Roos für die neue Verhandlung gegen Kurras einen bedeutsamen Fingerzeig gegeben haben.

Im ersten Kurras-Prozeß hatte sich die Anklage allen Bemühungen der Nebenkläger widersetzt, von Mitgliedern des Berliner Senats Näheres über die Organisationsmängel beim Schah-Besuch zu erfahren. Im zweiten Kurras-Prozeß dürfte nunmehr die Verteidigung bemüht sein, ihren Mandanten zu entlasten, indem sie amtliches Fehlverhalten sichtbar macht.

## RUHR

### DRESDNER BANK

#### Kampf um Gelsenberg

Die Dresdner Bank hatte Schalter und Büros schon geschlossen, als die Redakteure der Hamburger Spezialagentur „Erdöl-Informationen“ ein Bankgeheimnis erfuhren. Über Telephon aus Paris verriet es der Generaldirektor der Compagnie Française des Pétroles (CFP), Victor de Metz.

Am nächsten Morgen, Mittwoch letzter Woche, erschrak westdeutsche Politiker und Wirtschaftskapitäne über die Meldung des Informationsdienstes. Es hieß, die Dresdner Bank habe Frankreichs größten Öltrust, die CFP (fünf Milliarden Mark Jahresumsatz, zu 35 Prozent in Staatsbesitz), zum Miteigentümer an Deutschlands größtem Energiekonzern, der Gelsenkirchener Bergwerks-AG (GBAG), gemacht.

Laut de Metz ist zwischen der deutschen Großbank und der CFP vereinbart worden, eine „Auffanggesellschaft für deutsche Ölinteressen“ zu gründen. In dieses Unternehmen, so de Metz, werde die Dresdner Bank ihren 30prozentigen Anteil an der GBAG einbringen. CFP und Dresdner Bank würden das Effektenpaket, das einen Nominalwert von fast 150 Millionen und einen Börsenwert von 350 Millionen Mark hat, gemeinsam verwalten.

Die deutsch-französische Kooperation erschien vernünftig. Denn die Essener GBAG benötigt jährlich 5,5 Millionen Tonnen Öl, fördert aus den eigenen Feldern in Libyen jedoch nur 3,8 Millionen. Den Fehlbedarf könnte die CFP decken, aus deren Quellen in aller Welt jährlich 50 Millionen Tonnen Rohöl sprudeln.

Trotzdem waren die GBAG-Oberen über die Nachricht ebenso geschockt wie die Spitzen Bonns. Gelsenberg-Generaldirektor Dr. Friedrich Funcke zeigte sich über die Aussicht, künftig einem französischen Großaktionär dienen zu müssen, derart verstört, daß er sich selbst von Freunden nicht sprechen ließ.

Funckes Ölfachmann im Vorstand, Dr. Walter Cipa, atmete erleichtert auf, als er in der Badewanne das erste offizielle Dementi vernahm. Im Radio donnerte Wirtschaftsminister Schillers Staatssekretär Klaus Dieter Arndt: „Ente.“

Der Hauptakteur, die Dresdner Bank, hüllte sich in Schweigen. Ihr Vorstandsmitglied Werner Krueger, zugleich GBAG-Aufsichtsrat, zog sich in sein Haus im Odenwald zurück, wo er telephonisch nicht zu erreichen ist.

Bereits im Juni letzten Jahres hatte es Ärger wegen des GBAG-Pakets gegeben. Damals wollte Bankboß Krueger den wertvollen Besitz an den Bund verkaufen. Krueger und sein Kollege Hermann Josef Abs, der für die Deutsche Bank sieben Prozent vom GBAG-Kapital (485 Millionen Mark) hält, hatten das Bonner Interesse mit dem deutlichen Hinweis geweckt, potente Ausländer seien kaufbereit.

Mit der Veräußerung des GBAG-Pakets aber wäre der letzte in natio-



Bankier Krueger  
Käufer gesucht

nalem Besitz verbliebene große deutsche Ölwert ins Ausland abgeschwommen. Zudem hätte der Export der Gelsenberg-Aktien Karl Schillers Plan gefährdet, die deutschen Ölkonzerne GBAG, Veba, Wintershall und Preußag zu einem auch international bedeutenden Unternehmen zu verschweißen. Der Bund wollte den GBAG-Anteil übernehmen und den Besitz in die geplante Großgesellschaft einbringen.

Doch das Geschäft mißlang. In Gesprächen mit den Bankiers Krueger und Matthiensen von der Dresdner und Abs von der Deutschen Bank erfuhr die Bundesregierung, daß ihre Partner das Objekt nicht unter einem Börsenkurs von 190 veräußern wollten. Dieser Preis war der Bundesregierung zu hoch. Als der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt dann auch noch laut heraus erklärte, die Bundesregierung werde sich „von niemandem nötigen lassen“, brach Krueger verärgert die Gespräche ab.

Alle weiteren Versuche Kruegers, seinen Öiberg an andere deutsche Interessenten wie Farbwerke Hoechst oder den Volksaktienkonzern Veba zu veräußern, schlugen fehl.

In diesem Sommer spähten Krueger und Matthiensen neuerlich jenseits der Grenzen nach einem Interessenten für die goldene Last aus. An der Börse kam das Gerücht auf, die Bank habe von der CFP den Auftrag erhalten, für französische Rechnung die Aktienmehrheit von Gelsenberg (243 Millionen Mark nominal) aufzukaufen. Die CFP habe sich bereit erklärt, der Bank die Mehrheitsbeteiligung zum Kurs 290 abzukaufen. In wenigen Monaten schoß daraufhin der Gelsenberg-Kurs von 170 auf 244 Punkte.

Tatsächlich hatte der Vorsitzende des Bank-Aufsichtsrats Ernst Matthiensen Verhandlungen mit CFP-Präsident Victor de Metz geführt, um die Franzosen über die deutsche Großbank an der GBAG zu beteiligen. Bonns Wirtschaftsminister Karl Schiller jedoch blockte die Kontakte ab.

Beim letzten deutsch-französischen Konsultationsgespräch am vorletzten Wochenende in Bonn machte Karl Schiller dem französischen Wirtschaftsminister François-Xavier Ortoli klar, daß ein „Verkauf deutscher Ölfirmen nach Frankreich nicht in Frage kommt“. Schiller will „erst mal die Erdölangelegenheiten auf nationaler Ebene in Ordnung bringen“. Ortoli gestand, diese Abfuhr habe ihn „äußerst erregt“.

Schiller verlangte, die deutschen Unternehmen sollten, ehe sie mit französischen Ölmagnaten kooperierten, sich zunächst zusammenschließen. Auf keinen Fall aber sollten sie der CFP „Aktien überlassen“. Die Deutschen, die 25 Prozent des inländischen Ölbedarfs decken, aber nur fünf Prozent aus eigenen Quellen schöpfen, könnten dann mit französischer Hilfe ihre Marktlücke schließen.

De Gaulles Wirtschaftsminister Ortoli wertete diesen Plan als „verschleierte Absage“. CFP-Präsident de Metz aber ging zum Angriff über und behauptete, sein Abkommen mit der Dresdner Bank sei bereits perfekt.

Der Vorstoß des Franzosen trieb die verdatterten Bank-Bosse am letzten Mittwoch in eine Klausurtagung. Nach achtstündiger Sitzung am Hamburger Jungfernstieg erklärten sie schließlich, auf Bonner Wunsch seien die Verhandlungen „einstweilen ausgesetzt“. Zudem werde die Bank über ihren Ölwert „nur in voller Loyalität“ mit der Bundesregierung verfügen und den geplanten nationalen Konzern nicht durch Verkauf der Aktien ins Ausland torpedieren.

Unter der Hand hat Schiller der Dresdner Bank bereits einen neuen alten Interessenten präsentiert: die Farbwerke Hoechst.

Schiller und sein Staatssekretär Arndt halten es für ausgeschlossen, daß die Dresdner Bank sich noch einmal mit der CFP einläßt. Arndt: „Die Bank wäre im Eimer, wenn wir auspacken würden.“